

Obdachlose dezentral unterbringen

SOZIALES Bürgermeisterin Freudenstein will die Notwohnanlage in der Aussiger Straße auflösen. Sie ist in einem erbärmlichen Zustand.

VON MARTINA GROH-SCHAD

REGENSBURG. Einige Haustüren der Wohnblocks in der Aussiger Straße stehen offen und bieten Einblick: Die Wände sind verschmiert, Müll liegt im Treppenhaus, es schlägt muffiger Geruch entgegen. Vor der Tür reihen sich Fahrräder, Rollstühle und Dreiräder aneinander. Eigentlich sind die vier Blocks in der Konradsiedlung nur für eine kurzfristige Unterbringung von Menschen ohne Obdach vorgesehen, doch nicht selten wird daraus ein jahrelanger Aufenthalt. Wenn es nach Astrid Freudenstein geht, ist damit bald Schluss. „Ich möchte die Notwohnanlage auflösen“, sagt die CSU-Politikerin und würde die Bewohner gerne auf mehrere Objekte in der Stadt verteilen.

Insgesamt sind derzeit laut Freudenstein 127 Personen in den Blocks untergebracht, fast die Hälfte davon sind Kinder. Besonders um diese jungen Bewohner sorgt sich die Sozialbürgermeisterin. „Das ist kein geeignetes Umfeld für Kinder und Jugendliche“, sagt sie und verweist auf die häufigen Polizeieinsätze, die durch Alkohol- und Drogenkonsum sowie Ruhestörungen ausgelöst werden.

Unterstützung erhält sie dabei von Reinhard Kellner, dem Vorstandsvorsitzenden der Sozialen Initiativen. „Was sie anpacken will, ist überfällig“, sagt er. „Die Zustände vor Ort sind men-



Reinhard Kellner, Vorstand der Sozialen Initiativen, beschäftigt die Unterstützung der Bewohner in der Aussiger Straße seit fast 40 Jahren. Er spricht sich für eine dezentrale Unterbringung der Menschen aus.

FOTO: MGS

schenunwürdig.“ Auch ihm ist ein Dorn im Auge, dass so viele Kinder und Jugendliche in der Notwohnanlage leben. Bereits in den 1980er Jahren war Kellner mit dem Sozialen Arbeitskreis (SAK) aktiv und hat sich in der Konradsiedlung um die jungen Bewohner gekümmert. Unter seiner Federführung kam es zu einer Verwaltungsvereinbarung, dort keine Familien mit Kindern mehr unterzubringen, um sie von Alkohol- und Drogenabhängigen zu trennen. Zudem seien die sanitären Verhältnisse unzumutbar. Die Duschen im Keller müssen sich mehrere Haushalte

teilen, zum Teil gibt es keine Toiletten in den Wohnungen und an den Wänden zeigt sich Schimmelbefall.

„Die Sozialen Initiativen und auch etliche Stadträte liefen in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig Sturm gegen die Zustände“, sagt Kellner. Doch bisher habe sich nichts geändert. Umso mehr hofft er, dass Freudenstein ihr Vorhaben in die Tat umsetzen kann.

Der Plan, die Wohnblocks abzureißen, hat bereits im vergangenen Frühjahr den Stadtrat passiert und man ist sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Insgesamt 24 Millionen Euro ste-

hen für einen Neubau zur Verfügung plus Inneneinrichtung. Für Freudenstein steht jedoch infrage, ob es Sinn macht, hier erneut eine zentrale Notwohnanlage zu errichten. „Ich würde die Menschen lieber dezentral unterbringen“, sagt sie. Für die Menschen wirke es sich im Bewerbungsprozess negativ aus, wenn sie als Adresse die Notwohnanlage angeben. „Die Adresse ist überall bekannt“, sagt Freudenstein. „Die Bewohner sind stigmatisiert und das schmälert ihre Chancen.“ Mitarbeiter des Jugendamtes, des Sozialamtes und des Jobcenters seien regelmäßig

DIE NOTWOHNPANLAGE

Bewohner: Aktuell leben 127 Personen mit 51 Kindern in den Wohnungen in der Aussiger Straße. Die Gemeinschaftsduschen sind im Keller, in den Wohnungen gibt es teilweise keine Toiletten und es wurde Schimmelbefall festgestellt.

Plan: Sozialbürgermeisterin Astrid Freudenstein möchte die Gelegenheit für eine Trendwende in der Unterbringung von Obdachlosen nutzen und die Bewohner künftig dezentral unterbringen.

vor Ort. „Wir wollen die Leute eingliedern“, sagt Freudenstein.

Doch wohin mit den Bewohnern? Große Hoffnung setzt sie auf eine Zusammenarbeit mit der Stadtbau GmbH. „Ich würde gerne Wohnungen, die in den nächsten Jahren zur Sanierung anstehen, vorübergehend für obdachlose Menschen nutzen“, erklärt sie. Damit werde der Charakter der temporären Unterbringung für alle Seiten unterstrichen. Stadtbau-Chef Götz Keßler erteilt dem jedoch zunächst eine Absage: „Wir haben keine solche Wohnungen“, betont er. Er würde lieber mit der 2020 neu gegründeten Bauträgergesellschaft der Stadtbau eine neue Notwohnanlage bauen. Die Gespräche dazu dauern an.

Eine weitere Option für eine temporäre Unterbringung ist für Freudenstein die Containerwohnanlage am Weinweg, die aktuell noch für Flüchtlinge genutzt wird. „Einige Familien aus der Aussiger Straße könnten hier einziehen“, sagt sie und auch Kellner betont: „Die Container wären für diese Menschen ein Lichtblick.“